

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/187

Bonn, den 30. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Sorgen um den Wohnungsbau</u> ----- Zum Appell des Instituts für Städtebau	30
2 - 3	<u>Die moderne Frau</u> ----- Zur Frauen-Enquete der Bundesregierung Von Annemarie Renger, MdB	60
3	<u>Die "Formierte" moralische Schwäche</u> ----- Erkenntnisse Rüdiger Altmanns	24
4	<u>Auf dem Wege zum Staatsbankrott ?</u> ----- EWG-Anpassung in Schleswig-Holstein nicht gelungen	51
5 - 6	<u>Bonn und Belgrad</u> ----- Revisionsbedürftige Jugoslawienpolitik Von Dr. Alfred Graef	67

+ - +

Sorgen um den Wohnungsbau

Zum Appell des Instituts für Städtebau

sp - Der eindringliche Appell des Instituts für Städtebau an die Bundesregierung, auch den Wohnungsbau in die mittelfristige Planung einzuschalten, sollte nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Für die nächsten Jahre ist mit einem empfindlichen Rückgang des Wohnungsbaus ohnehin zu rechnen. Nach den Berechnungen des Instituts liegt für das Frühjahr 1967 nur ein Auftragspolster von knapp über 300 000 Wohnungen vor, wobei die Finanzierung dieser Bauvorhaben ein höchst unsicherer Faktor ist.

Bei der Begründung des Lücke-Plans ging die Bundesregierung von der Annahme eines jährlichen Bauvolumens von 400 000 bis 450 000 Wohnungen aus. Dieser Annahme wird durch die sich verstärkt fortsetzende rückläufige Tendenz der Bautätigkeit der Boden entzogen. Schon heute haben Baufirmen vorsorglich Entlassungen von Arbeitskräften bei den Arbeitsämtern angemeldet und über mancher Firmen schwebt das Damoklesschwert des Konkurses.

Am empfindlichsten wirkt sich der Rückgang der Bauvorhaben im sozialen Wohnungsbau aus. Niedersachsen verzeichnet für die ersten sieben Monate dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 6 Prozent, Baden-Württemberg von 38 Prozent, Nordrhein-Westfalen von 32 Prozent und Bayern von 18 Prozent. Im letzten Jahr wurden noch 269 000 Sozialwohnungen erstellt. In diesem Jahr werden es höchstens 230 000 sein, also ein Rückgang von 40 000, der schwer zu Buche schlägt und für die davon betroffenen Menschen grimme Enttäuschungen bringt.

Schon heute finden viele junge Familien keine entsprechende Wohnung zu tragbaren Mieten. Sie müssen sich mit Schulden belasten oder getrennt wohnen. Was bleibt dann noch von der Familienpolitik übrig? Steigende Mieten, völlig unzulänglicher Mieterschutz, Rückgang des Wohnungsbaus bei wachsender Bevölkerungszahl - hier bahnt sich eine Entwicklung an, die über die Wohnungspolitik der Bundesregierung düstere Fragezeichen setzt.

Die moderne Frau

Zur Frauen-Enquete der Bundesregierung

Von Annemarie Renger, MdB

Am 1. Dezember 1962 hat die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion den Antrag gestellt, die Bundesregierung möge eine "umfassende Untersuchung über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft" vorlegen. Wiederum war es die Sozialdemokratie, die sich in besonderer Weise der Sache der Frauen angenommen hatte, wie es schon der leidenschaftliche Verfechter der menschlichen, sozialen und politischen Gleichstellung der Frau, August Bebel, vor 1900 getan hatte.

Dem Brechen an die Erstellung der Frauen-Enquete lag die Erkenntnis zugrunde, daß durch die staatsbürgerliche und juristische Gleichberechtigung der Frau Tatsachen geschaffen worden waren, die neu durchdacht und bewältigt werden müssen. Es ist an der Zeit, den Widerspruch zwischen dem historisch und gesellschaftlich gewachsenen Leitbild und der Wirklichkeit der modernen Frau und ihrer Stellung in der heutigen Gesellschaft aufzulösen.

* Um nur einige Beispiele zu nennen:

* Wenn über die Hälfte der verheirateten, geschiedenen und verwitweten Frauen neben 90 Prozent aller ledigen berufstätig sind und sie damit zu einem wichtigen Faktor für eine wachsende wirtschaftliche Entwicklung werden, muß man sich mit diesem Tatbestand auseinandersetzen.

* Wenn die Lebenserwartung der Frau heute bei 72 Jahren liegt, dann ist es ein Erfordernis, darüber nachzudenken, wie dieses Leben gestaltet werden kann und sinnvoll bleibt.

* Wenn wir einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften auf allen Gebieten haben, dann müssen wir überlegen, wie weibliche Begabungen nutzbar und Chancen erschlossener werden können, ohne daß die Frau diese Tätigkeit als Doppelbelastung empfinden muß.

* Und wenn bei 21 Millionen weiblichen Wahlberechtigten nur 37 Frauen von 518 Abgeordneten im Bundestag sitzen - was sich beliebig auf alle Parlamente ausdehnen läßt -, wird es Zeit zu überlegen, wie die Frauen an der Gestaltung unserer Gesellschaft stärker beteiligt werden können.

Bei einer ersten Durchsicht des Berichts der Bundesregierung, der Anfang September der Presse, aber erst am 20. September den Abgeordneten übergeben wurde, hat es den Anschein, als ob in dem dicken Buch von 641 Seiten eher allseits Bekanntes mit Fleiß zusammengetragen worden ist, neue Erkenntnisse und Schlußfolgerungen aber kaum gewonnen wurden. Daß sich im Übrigen auch einige recht fragwürdige und oberflächliche Behauptungen eingeschlichen haben, sei nur am Rande vermerkt. Es wäre übrigens eine reizvolle Arbeit, einmal zu untersuchen, inwieweit sich die Probleme heute von denen unterscheiden, wie sie in dem Buch Bebel's "Die Frau und der Sozialismus" enthalten sind.

Obwohl auch die Nützlichkeit einer solchen Materialsammlung nicht

bestritten worden soll, muß doch festgestellt werden, daß die Bundesregierung den Auftrag der Antragsteller weitgehend nicht erfüllt hat, selbst Gesetzesvorschläge und Anregungen im gesellschaftspolitischen Bereich zu machen, wie sie etwa der Regierungsreport über die amerikanische Frau enthält. Das bedeutet, die eigentliche Aufgabe beginnt erst jetzt. Man sollte aber da, wo praktische Maßnahmen ohne Schwierigkeiten durchzuführen sind, wie z.B. bei der Teilzeitarbeit der verheirateten Frauen, die Beratungen in den Ausschüssen nicht zum Hemmschuh werden. Ebenso sollten die Möglichkeiten der politischen Bildung stärker ausgeschöpft werden und intensiv die Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Mitarbeit der Frauen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erst ermöglichen.

Eine entscheidende Aufgabe bleibt, Vorurteile abzubauen und billige Klischees endlich in der Versenkung verschwinden zu lassen. Es geht darum, die Grundlage zu schaffen, um die Interessen der modernen Frau in Einklang zu bringen mit der nur von ihr zu erfüllenden Aufgabe der Frau und Mütter. Das geht Männer und Frauen gleichermaßen an.

Die "Formierte" moralische Schwäche

Erkenntnisse Rüdiger Altmanns

n - Es ist erstaunlich, zu welchen Denkverrenkungen innerhalb von wenigen Monaten ein Starberater Erhards fähig ist.

Rüdiger Altmann hielt vor dem prominenten "Rhein-Ruhr-Klub" einen Vortrag, in welchem er sich über die moralische Schwäche des deutschen Volkes mokierte. Wörtlich: "Für den jetzigen Zustand ist vor allem die moralische Schwäche des deutschen Volkes und der zunehmende Einfluß des Interessenpluralismus (verantwortlich)." "

Solche Redereien am dunklen Strand der Ruhr könnten hingenommen werden, wenn nicht ausgerechnet der Miterfinder der "Formierten Gesellschaft" solche Worte aussprach. Altmann zählt zum Brain-Trust Erhards, der für den Wahlkampf, gemeinsam mit dem Publizisten Johannes Grose, der umstrittenen Slogan von der "Formierten Gesellschaft" gezeugt und geboren hatte.

Die "Formierte Gesellschaft" sollte einen gesellschaftlichen Zustand fixieren, der sich durch die harmonische "Formierung" verschiedener Gruppierungen auszeichnet.

Daß dieses Wahlprodukt in der Praxis nicht funktioniert, davon ist beiläufig nicht die Führung des Staates in erheblichem Maße schuldig, sondern das moralisch schwächliche Volk. So etwas Ähnliches hatten wir schon einmal vor über zwanzig Jahren gehört - wenn auch unter etwas anderen Voraussetzungen.

Altmann hat nun seine Wahlerkenntnisse über Bord geworfen und sich jenen Pessimismus verschrieben, der das genaue Gegenteil Erhard'scher rosiger Zukunftserwartungen ist.

Auf dem Wege zum Staatsbankrott ?

13 - Kiel

Wenn es nach den Plänen geht, die der Kieler Ministerpräsident Dr. Lemke (CDU) mit Hilfe seines Innenministers Dr. Hartwig Schlegelberger (CDU), seiner Staatskanzlei und des Landesplanungsamtes produziert, könnte man meinen, Schleswig-Holstein wäre ein volkssozialistischer Staat. Da wurde im August 1963 als Arbeitsprogramm der Landesregierung ein EWG-Anpassungsprogramm vorgelegt, wonach bis 1970 annähernd zehn Milliarden DM aufgewendet werden sollten, um das nördliche Bundesland EWG-fit zu machen.

Nun kam der Forschungsbericht des unabhängigen Prognos-Instituts in Basel heraus, der eine Analyse über die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung Schleswig-Holsteins bis 1980 untersucht. Der erste Blick in das Prognos-Gutachten zeigt: In Schleswig-Holstein werden längst nicht alle Blütenträume reifer. Man kann vielmehr feststellen, daß die Wunschvorstellungen des EWG-Anpassungsprogramms durch Prognos auf den Boden der harten Tatsachen zurückgeführt werden. Es ist der Regierung in Kiel nicht gelungen, die Bahnen einer Strukturpolitik zu befahren, die Schleswig-Holstein EWG-fit machen und seine Lebensverhältnisse auch nur annähernd auf den Bundesdurchschnitt heben würde.

Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß sich die Schlußfolgerungen des Prognos-Berichtes mit dem EWG-Anpassungsprogramm weitgehend decken. Deshalb sollte man in Kiel endlich begreifen, daß die gewerbliche Wirtschaft der Hauptträger des Wirtschaftswachstums in Schleswig-Holstein ist und nicht die Landwirtschaft. Aber gerade die gewerbliche Wirtschaft hat mit Abstand die geringste Förderung erhalten. Es ist in Kiel nicht gelungen, die Standortfaktoren mit der Energie-Versorgung, der Bereitstellung von Industrie-Ansiedlungsflächen und dem Bau von Straßen für diese Zwecke zu verbessern.

So wie die Dinge jetzt liegen, wird die Regierung in Kiel vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzmisere, in die das Land schon unter der Aera Kai-Jwe von Hassels hineinzuschlittern begann, einen Investitionshaushalt mit ganz konkreten Schwerpunkten vorlegen müssen. Das Prognos-Gutachten gibt dafür die Leitperspektiven. Zunächst ist die Feststellung von Prognos wesentlich, daß auch sogenannte Wachstumsindustrien, die in absehbarer Zeit noch gute Entwicklungsmöglichkeiten bieten, im gesamten Bundesgebiet bessere Standortbedingungen als in Schleswig-Holstein selbst haben.

Es kommt nunmehr darauf an, die noch relativ guten Standortbedingungen in Schleswig-Holstein selbst herauszufinden. Das ist zunächst der Ring um Hamburg. Dann sind es die großen Hafenstädte Lübeck und Kiel und die dazugehörigen Räume. Man weiß aber, daß in diesen Bereichen die Verkehrsverhältnisse zum Teil katastrophal sind. Die Verbindungen von Kiel nach Hamburg oder von Lübeck nach Kiel über Straße und Schiene sind eine Quälerei.

Man schaffe also erst einmal die Voraussetzungen für Verkehrsbedienung, Energierversorgung und ansiedlungsfähiges Gelände. Dann suche man sich gezielt Wachstumsindustrien und mache ihnen Angebote, die Erfolgversprechend sind. Für die Staatskanzlei in Kiel kommt es nunmehr nicht mehr darauf an, Pläne zu schmieden, sondern schwerpunktartig zu retten, was noch zu retten ist. Wenn die Kieler Regierung weiter dem Phantom "Grünes Bauernland" nachjagt, führt sie Schleswig-Holsteins Staatsbankrott herbei.

Bonn und Belgrad

Revisionsbedürftige Jugoslawienpolitik

Von Dr. Alfred Graef

Unsere politischen Beziehungen mit Jugoslawien haben einen Tiefpunkt erreicht, wie er niedriger kaum sein könnte.

Dies mag daran liegen, daß die Politik der bisherigen CDU/CSU-Bundesregierungen gegenüber den kommunistischen Ländern Südosteuropas sehr stark von rechtsradikalen Kräften innerhalb und außerhalb der Partei beeinflußt war. Dadurch unterblieb eine nüchterne Beurteilung der politischen Konstellationen und der Veränderungen, wie sie sich in den verschiedenen Varianten von Land zu Land zeigten. Der in eine blasse Schablone gekleidete Antikommunismus auch gegenüber den kommunistischen Ländern Südosteuropas hat dazu geführt, daß Jugoslawien nur Anfang der fünfziger Jahre von uns anders behandelt wurde als die stalinistisch orientierten Länder. Man hatte zwar anfangs mit Sympathien den Bruch Jugoslawiens mit der Sowjetunion registriert und auch gewisse politische Konsequenzen daraus gezogen, jedoch wollte man nicht wahr haben, daß das Tito-Jugoslawien ganz andere Vorstellungen von einer kommunistischen Gesellschaftsordnung entwickelte als Stalin, und daß daraus einschneidende Gegensätze zwischen den beiden Ländern resultierten.

Eoch zu einer Zeit, als Tito von Stalin und Ulbricht als Verräter am Kommunismus bezeichnet wurde, erlaubten wir uns den politischen Luxus, die Beziehungen zu Belgrad abzukühlen und schließlich versiegen zu lassen. Heute sind diese Beziehungen am Nullpunkt gegenüber einem Land angelangt, das ernstlich gewillt war, und vielleicht auch heute noch gewillt ist, das ihm durch uns zugefügte Leid zu vergessen und nach einem Ausgleich zu suchen; und gegenüber einem Land, das trotz seines theoretischen Bekenntnisses zum Marxismus die Landwirtschaft reprivatisierte, die Produktionsentscheidungen dezentralisierte und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben einführte.

Es ist unverständlich, daß sich die Bundesregierung gegen solche entscheidenden gesellschaftspolitischen Änderungen in Jugoslawien verschloß und für die eigene Politik gegenüber einem dem Stalinismus abgekehrten Land keine entsprechenden Konsequenzen zog. Dafür

wurde starr und kompromißlos auch Jugoslawien gegenüber an der Hallstein-Doktrin festgehalten, was naturgemäß zu immer gespannteren Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad führen mußte, verstärkt noch durch unelastisches Taktieren in der Entschädigungsfrage und in der laschen Behandlung des Verrats nazistischer Exilgruppen aus Jugoslawien durch die zuständigen Organe der Bundesrepublik.

Der gerade zu Erde gegangene Besuch Ulbrichts in Belgrad hat vielleicht gerade das besiegelt, was von uns schon immer verhindert werden wollte, nämlich ein enges Zusammengehen Belgrads mit Pankow, also eine enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und der Sowjetzone, wie sie insbesondere in dem vor einiger Zeit abgeschlossenen Fünfjährigen Handelsabkommen ihren prägnantesten Ausdruck findet.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich Tito heute geneigter zeigt für eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit oder Zusammenwirken mit der Sowjetzone, da er sich durch seine bisherige Politik mit den erfolgten Änderungen im wirtschaftspolitischen System durch Ulbricht bestätigt fühlt, nachdem ihn dieser bis vor nicht allzu langer Zeit bis aufs Messer bekämpft hat.

Ulbricht, der dies weiß, dürfte bei seinem jetzigen Besuch in Belgrad Tito einerseits für ein stärkeres Engagement gegen die sich anbahnenden bessern Beziehungen der Bundesrepublik zu Rumänien zu gewinnen versucht haben, andererseits dessen Einfluß auf neutrale und westliche Länder im Hinblick auf die von Ulbricht beabsichtigte Mitwirkung in internationalen Gremien. Die zwischen Belgrad einerseits sowie Pankow und Moskau andererseits entspannte Atmosphäre dürfte Tito geneigter gemacht haben sich solche Hilfsdienste zur Verfügung zu stellen.

Unter diesen Aspekten bleibt der Bundesregierung nichts anderes übrig, als unter den jetzt wesentlich ungünstigeren Verhältnissen doch den Versuch zu machen, mit Belgrad wieder in ein Gespräch und vielleicht zu einem politischen Ausgleich zu kommen. Denn es ist geradezu unerträglich, daß die durch den Touristenverkehr aufgelockerten, ja geradezu freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Westdeutschen und den Jugoslawen von erheblichen Spannungen zwischen den Regierungen beider Länder begleitet sind.